



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 25.06.2014, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Jahresbericht Kriminalstatistik
Mündlicher Bericht durch Hartwig Burgstaller

Beratungsverlauf:

Herr **Burgstaller** (Polizeipräsidium Ludwigsburg) wertet den Jahresbericht der Kriminalstatistik ausführlich aus. Hierzu geht er anhand einer Präsentation detailliert auf verschiedene polizeiliche Kennzahlen ein.

EBM **Seigfried** interpretiert die Zahlen und die Situation als nicht besorgniserregend, aber überwachungsbedürftig. Vor diesem Hintergrund erhalte die Präsenz von Polizei und Ordnungsbehörden eine zunehmende Bedeutung und es müsse dafür gesorgt werden, dass sich diese weiter verbessere. Im Nachgang sagt er zu, die gezeigte Präsentation dem Protokoll beifügen zu lassen.

TOP 2 Polizeiverordnung der Stadt Ludwigsburg Vorl.Nr. 200/14
(Vorberatung)

Beratungsverlauf:

Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) greift die Bereiche des Alkohol- und Rauchverbots heraus und erläutert die wesentlichen Gesichtspunkte der Nachjustierung und Verschärfung der Regelungen.

Stadtrat **Kromer** begrüßt die Anpassung der Polizeiverordnung an die gesellschaftliche Situation. Er bezieht sich auf dieselben Punkte wie Herr Winkler und kommentiert diese vor dem Hintergrund der Rechtsanwendung. Bei der Anwendung und Umsetzung in der Praxis im Stadtgebiet sei noch Verbesserungsbedarf vorhanden, da vielfach Vorfälle nicht kontrolliert oder sanktioniert würden. Seine Fraktion stimme der Anpassung der Polizeiverordnung jedoch zu.

EBM **Seigfried** weist in diesem Zusammenhang auf die Grundproblematik, die Bereitschaft in der Bevölkerung sich Rechtskonform zu verhalten, hin. Daher hänge die Funktionsfähigkeit der Polizeiverordnung nicht allein von ihrer Umsetzung, sondern insbesondere von ihrer Akzeptanz ab.

Stadtrat **Dr. Bohn** stellt die Zustimmung der SPD-Fraktion in Aussicht. Er sei sich dessen bewusst, dass das vorhandene Personal nicht dazu in der Lage sein könne, das ganze Stadtgebiet im Auge zu behalten. Die Betrachtung von Schwerpunktbereichen müsse aufgrund dessen deren dynamischer Verlagerung folgen. Auch deshalb werde eine Überprüfung der Wirksamkeit der Änderungen an der Polizeiverordnung notwendig.

Stadtrat **Glasbrenner** bezeichnet die Polizeiverordnung als Rüstzeug des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD). Es müsse sichergestellt werden, dass eine schwerpunktmäßige Ahndung erfolge. Hierbei sei es erforderlich, Augenmaß und Fingerspitzengefühl, notfalls Härte zu demonstrieren. Generell könne seine Fraktion der Vorlage zustimmen unter Berücksichtigung einzelner verbesserungsbedürftiger Punkte, auf die er im Anschluss eingeht. Hier solle man sich die Zeit nehmen, über die eine oder andere Passage nochmals nachzudenken.

Stadtrat **Dr. Vierling** macht deutlich, dass für eine wichtige Sache wie die Polizeiverordnung mehr Beratungszeit und -qualität benötigt würde. In der heutigen Sitzung sei nicht ausreichend Zeit gegeben, die vielfältigen und bedeutenden Einzelfallregelungen zu diskutieren. Aufgrund dessen rege er an, die endgültige Beschlussfassung in der kommenden Sitzung des Gemeinderats zu verschieben. Inhaltlich weist er auf verschiedene Sachverhalte hin und zeigt die nach Auffassung seiner Fraktion bestehenden Verbesserungspotenziale auf.

Für Stadtrat **Heer** wird durch die umfassenden Ergänzungen der Neufassung deutlich, dass diese auf Vorkommnisse, Entwicklungen und Tendenzen der letzten Zeit reagiere. Er sehe Schwierigkeiten in der Umsetzung, da bereits der jetzige Umfang der Polizeiverordnung schwierig zu kontrollieren und der KOD damit bereits ausgelastet sei. Er hätte sich im Zuge der Neufassung ein begleitendes Konzept zur besseren Kontrolle und Umsetzung der Polizeiverordnung gewünscht und halte eine Aussage dazu weiterhin für sinnvoll.

EBM **Seigfried** erachte eine Unterscheidung zwischen der rechtlichen Grundlage und dem Vollzug als zweckmäßig. Heute gehe es um Ersteres. Den KOD habe man in einem anderen Zusammenhang eingeführt.

Stadträtin **Lange** stimmt den Ausführungen zu.

Stadtrat **Dr. Vierling** unterbreitet den Vorschlag, seine Fragen und Anmerkungen in den nächsten Tagen schriftlich einzureichen.

EBM **Seigfried** sagt die Prüfung und Einarbeitung der Vorschläge zur nächsten oder übernächsten Sitzung zu, wobei die Vorlage in diesem Fall direkt dem Gemeinderat zur Beratung zugeführt werde. Aus diesem Grund werde in der heutigen Sitzung auf eine Beschlussfassung verzichtet.

TOP 3 Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit

TOP 3.1 Schulsozialarbeit an Grundschulen Vorl.Nr. 167/14

Beschluss:

1. Den Zuschlag für die Trägerschaft der Schulsozialarbeit an der Oststadtschule II ab dem Schuljahr 2014/15 erhält die Karlshöhe Ludwigsburg.
2. Den Zuschlag für die Trägerschaft der Schulsozialarbeit an der Schlöblesfeldschule ab dem Schuljahr 2014/15 erhält die Caritas Ludwigsburg-Waiblingen-Enz.
3. Die Friedensschule erhält ab dem Schuljahr 2015/16 aus dem derzeitigen Bestand der Schulsozialarbeit an der Justinus-Kerner-Schule (2,0 Stellen) 0,5 Stellen Schulsozialarbeit.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmungen erfolgen offen.

Der Beschluss zu den Ziffern 1. und 2. der Vorl.Nr. 167/14 wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Beschluss zur Ziffer 3 der Vorl.Nr. 167/14 wird mit 1 Ja-Stimme, 13 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** erläutert einleitend unter Verweis auf die Vorl.Nr. 167/14 die Situation.

Stadtrat **Meyer** zeigt sich darüber verwundert, dass die Rektorin der Justinus-Kerner-Werkrealschule, Frau Bullinger, nicht über die geplante Veränderung der Stellenanteile in der Schulsozialarbeit unterrichtet war. Seine Fraktion spreche sich für die Trägervielfalt aus und könne vor diesem Hintergrund die Beschlussziffern 1 und 2 mittragen. Bezüglich der Beschlussziffer 3 könne seiner Ansicht nach mit der Beschlussfassung, vor dem Hintergrund der Standortfrage der Gemeinschaftsschule und der angedachten Veränderungen, noch etwas gewartet werden.

Stadträtin **Liepins** könne die Ziffer 3 in der jetzigen Form nicht mittragen und bittet im Namen ihrer Fraktion um eine getrennte Abstimmung der einzelnen Beschlussziffern der Vorl.Nr. 167/14. Ihres Erachtens benötige das Gremium eine Gesamtkonzeption zur Schulsozialarbeit, die anhand nachvollziehbarer Kriterien aufzeige, an welchen Schulen Sozialarbeit notwendig sei. Sie erkenne zwischen dem Campus und der Friedensschule anhand des Schülerzahlenverhältnisses ein Ungleichgewicht, weshalb ihr eine Entscheidung nicht möglich wäre. Letztlich zeige sich die SPD-Fraktion im Rahmen der angesprochenen Konzeption sowohl für eine Umschichtung als auch für die Schaffung neuer Stellen offen.

Stadträtin **Moersch** bezieht sich auf die Beschlussfassung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vom 02.04.14, wonach die Oststadtschule II und Schlößlesfeldschule je 0,5 Stellen für Schulsozialarbeit erhielten. Sie favorisiere in der heutigen Trägerauswahl zu dieser Grundsatzentscheidung die vorgeschlagenen Konzepte der Caritas und der Karlshöhe, welche beide eine gute Arbeit leisteten. Den Ziffern 1 und 2 der Vorl.Nr. 167/14 könne ihre Fraktion daher zustimmen. In Bezug auf die Ziffer 3 der Vorlage bestünden zu viele ungeklärte Fragen im Zusammenhang mit der Zukunft der Justinus-Kerner-Werkrealschule. Sie plädiere aus diesem Grund dafür, die Ergebnisse des Umbildungsprozesses abzuwarten und auch bei der Friedensschule eine Entscheidung anhand der Schülerzahlen des nächsten Schuljahres zu treffen. Aus diesem Grund kündigt sie an, der Ziffer 3 nicht zuzustimmen.

In der Ausdehnung der Schulsozialarbeit sieht Stadtrat **Dr. Vierling** den richtigen Weg, da die Bedarfe dafür offensichtlich vorhanden seien. Er schätze eine Entscheidung zur Ziffer 3 des Beschlussvorschlages ebenfalls als schwierig ein, weil dies anhand aktueller Schülerzahlen entschieden werden müsse. Zusätzlich dürfe kein Mechanismus in Gang gesetzt werden, ohne die Verteilung und die Bedarfe der Gymnasien zu kennen.

Nach Ansicht von Stadtrat **Heer** müsse der Kernpunkt der Diskussion zur Beschlussziffer 3 auf der Frage der Finanzierung liegen, wenn zugleich die Gymnasien für Schulsozialarbeit ins Auge gefasst würden. In gleicher Weise müsse auch die Entwicklung des Campus und der Gymnasien betrachtet werden, weshalb er über den Inhalt der Ziffer 3 nur innerhalb eines Gesamtkonzepts entscheiden würde. Andere Grundschulen könnten demzufolge unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung ebenfalls Bedarfe anmelden.

Stadträtin **Lange** kündigt an, der Ziffer 3 der Vorlage zuzustimmen, da für sie Schulsozialarbeit an Grundschulen einen richtigen Schritt in diesem frühen Stadium bedeute. Sie halte eine Prioritätensetzung bei den knappen Mitteln für erforderlich und richtig. Daneben sei es notwendig, die Eltern verstärkt in den schulischen Entwicklungsprozess ihrer Kinder einzubinden und sie dabei mitzunehmen.

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) erläutert die Hintergründe des gewählten Vorgehens im Kontext der Schulsozialarbeit und geht inhaltlich auf die aufgetretenen Fragen ein.

EBM **Seigfried** begründet das gewählte Vergabeverfahren für die Trägerschaft der Schulsozialarbeit an der Oststadtschule II und der Schließfeldschule. Abschließend informiert er die Mitglieder des Gremiums über die aktuellen Finanzierungsmodalitäten der Schulsozialarbeit und die Gegenfinanzierung durch das Land. Bei der Aufgabe der Schulsozialarbeit stehe man zur Zusammenarbeit mit den freien Trägern, weshalb sich der Fachbereich für eine langfristige Umsetzung der Änderung entschieden habe. Die betreffende Zukunftsentscheidung für das Schuljahr 2015/16 müsse daher nicht unbedingt in der heutigen Sitzung getroffen werden. Von seiner Seite bestünden keine Bedenken gegen eine weitere Beratung der Ziffer 3, wenn die dahinter stehende Kernfrage auf die Neuverteilung oder zusätzliche Finanzierung von Stellen abziele. Abschließend stellt er die Beschlussvorschläge der Vorl.Nr. 167/14 getrennt zur Abstimmung.

TOP 3.2 Schulsozialarbeit an Gymnasien - Brief der Innenstadtgymnasien

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales erkennt den Bedarf von Schulsozialarbeit an Gymnasien an.
2. Die Verwaltung wird beauftragt Vorschläge zu unterbreiten, wie dieser Bedarf sichergestellt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat von Stackelberg

Beratungsverlauf:

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) berichtet über die Anträge zur Einrichtung von Schulsozialarbeit an den drei Innenstadt-Gymnasien, das geplante weitere Vorgehen sowie die Fragestellungen aus dem Antrag von Stadträtin Moersch, Vorl.Nr. 179/14.

EBM **Seigfried** informiert über die Strukturen und Angebote der Schulsozialarbeit im Landkreis Ludwigsburg. Innerhalb der Stadt Ludwigsburg gebe es mit den sozialen Belastungsfaktoren für Schulen ein klares Kriterium zur Bemessung der Personalausstattung. Dieses Grundkonzept sei im Laufe der Jahre über die Schulen und Schularten fortgeführt und ausgebaut worden. Den Wunsch der Gymnasien nach Schulsozialarbeit könne er nachvollziehen, dies sei jedoch letztendlich eine

Frage der Personalressourcen, die eine Entscheidung erfordere. Aufgrund des knappen Personals könne aktuell nur eine Umverteilung vorgeschlagen werden, was sicherlich nicht im Sinne des Ausschusses sei.

Die Fraktion von Stadtrat **Meyer** tue sich mit der Ausweitung dieser Freiwilligkeitsleistung schwer. Demgegenüber seien die sozialen Ursachen unstrittig vorhanden und eine Änderung der Landeshaltung zur Finanzierung nicht absehbar. Er möchte dies als Prüfauftrag für das Schuljahr 2015/16 verstanden wissen, da im Bereich der Justinus-Kerner-Werkrealschule und auf dem Campus derzeit viele Veränderungen anstünden. Darüber hinaus müsse nach seiner Auffassung auch die Fusion der Werkrealschulen in die Überlegungen einbezogen werden. Er schlägt vor, die Ergebnisse als Informationsbasis für die Haushaltsberatungen in diesem Segment zu nutzen. Ferner müssten ebenso die anderen sozialen Angebote an den betreffenden Schulen bewertet und eine Zusammenführung geprüft werden.

Stadtrat **Daferner** begrüßt den angesprochenen Prüfauftrag für das Schuljahr 2015/16 und bittet diesen bis zum Herbst vorzulegen, um ihn in die Haushaltsberatungen einbeziehen zu können.

Stadträtin **Moersch** gibt zu verstehen, dass ihr Antrag nur zum Teil beantwortet wurde. Aussagen zu Personalkosten seien ihr zu schwammig getätigt worden und darüber hinaus wurden zu wenig Informationen mitgeteilt. Sie setzt die Schülerzahlen der Friedensschule und der Gymnasien ins Verhältnis zur Personalausstattung und führt aus, dass die Probleme der Gymnasien schon länger bestünden.

Stadtrat **Dr. Vierling** lenkt die Aufmerksamkeit auf die Brisanz der Entscheidung und hätte sich vor diesem Hintergrund eine Beurteilung der Sachlage von der Verwaltung gewünscht. Er halte eine Änderung der Personalbesetzung zu Beginn des Kalenderjahres 2015 für möglich, wenn sich das Gremium bei den Haushaltsberatungen dazu entschieße, dem Antrag der Gymnasien statt zu geben.

Stadtrat **Heer** unterstreicht die Bedeutung der Schulsozialarbeit und hält es dabei für vordringlich diese stets im Gesamtkontext und nicht nur für einzelne Schulen zu betrachten. Er zieht Vergleiche zwischen den verschiedenen Schultypen und äußert seine Vorstellungen zur Ausgestaltung der wünschenswerten Standards bei der Schulsozialarbeit.

Stadtrat **Kirnbauer** erachte es als wichtig, anhand einer Vorlage die finanziellen Folgen der Ausweitung der Stellen im Bereich der Schulsozialarbeit zu entscheiden. Freiwilligkeitsleistungen im sozialen Bereich wären in den letzten Jahren ohnehin stark angestiegen. Er stellt klar, dass der Antrag nicht der FW-Fraktion zuzuschreiben sei, sondern von Stadträtin Moersch stamme.

Stadtrat **Glasbrenner** weist auf den erheblichen Anteil des Bereiches Bildung und Erziehung im Finanzplan und die daraus resultierenden Folgen für die Rücklagen in den nächsten Jahren hin.

EBM **Seigfried** nimmt den Wunsch des Gremiums nach einer Konzeption zur Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit auf und formuliert auf Basis der Diskussionsergebnisse einen einschlägigen Beschlussvorschlag, den er abschließend zur Abstimmung stellt.

TOP 3.3

- Antrag der SPD- Fraktion vom 20.11.2013

Vorl.Nr. 458/13

Beratungsverlauf:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 20.11.2013, Vorl.Nr. 458/13 ist mit Beratung des Tagesordnungspunktes 3.2 erledigt. Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.2.

TOP 3.4

- Antrag der LUBU/Linke vom 21.11.2012

Vorl.Nr. 555/12

Beratungsverlauf:

Der Antrag der LUBU/Linke vom 21.11.2012, Vorl.Nr. 555/12 ist mit Beratung des Tagesordnungspunktes 3.2 erledigt. Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.2.

TOP 3.5

- Antrag der FW-Fraktion vom 16.05.2014

Vorl.Nr. 179/14

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Moersch** hält die vorgebrachten Äußerungen vor dem Hintergrund des von ihr gestellten Antrags mit der Vorl.Nr. 179/14 für nicht ausreichend. Insbesondere zu den Kosten fehlten ihr wesentliche Informationen, weshalb für sie der Antrag nur zum Teil erledigt sei.

TOP 4

Programm KiFa (Kinder- und Familienbildung)

Vorl.Nr. 156/14

Beschlussvorschlag:

1) Der Aufnahme dreier weiterer Kindertageseinrichtungen in das Programm KiFa zum Kindergartenjahr 2014/15 und den damit einhergehenden Mehrkosten in Höhe von 20.000,00 € Euro/Jahr wird zugestimmt. Für die Folgejahre werden die Mehrkosten bei der Haushaltsanmeldung mit berücksichtigt.

2) Bei drei laufenden Kursen in der Kindertageseinrichtung wird der Stellenumfang der Fachkraft von 4 auf 6 Stunden in der Woche erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat von Stackelberg
Stadträtin Moersch

Beratungsverlauf:

Ein Sachvortrag wird Seitens des Gremiums nicht gewünscht.

In der nachfolgenden Aussprache bezeichnet Stadträtin **Kopf** das Programm als Leuchtturmprojekt und bittet die Verwaltung, daran festzuhalten und es weiter zu entwickeln. Des Weiteren signalisiert sie die Zustimmung ihrer Fraktion zur Vorl.Nr. 156/14.

Überdies drücken Stadtrat **Daferner** und Stadtrat **Kirnbauer** die Unterstützung ihrer Fraktionen aus.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 156/14 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 5	Turnhalle Tammer Straße 30, Eglosheim – Übernahme durch den Sport- und Kulturverein SKV Eglosheim e.V. (Vorberatung)	Vorl.Nr. 198/14
-------	---	-----------------

Beschlussempfehlung:

Zur Vorberatung im BSS:

1. Der Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 50 % der anerkannten Sanierungskosten bis max. 250.000 € an den SKV Eglosheim e.V. wird zugestimmt.
2. Für die Unterfangung der Hallenaußenfundamente im Bereich des Anbaus wird ein weiterer Zuschuss in Höhe von max. 30.000 € genehmigt.
3. Die restlichen Finanzierungsmittel in Höhe von max. 80.000 € werden vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts 2015 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat von Stackelberg
Stadträtin Moersch

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Für Stadtrat **Glasbrenner** stellt sich das Vorhaben als sogenannte Win-Win-Situation dar. Er begrüße die Initiative des Vereins, die Hälfte der Kosten zu übernehmen.

Die Stadträte **Kromer** und **Dr. Bohn** begrüßen den Beschlussvorschlag und könnten diesem mit Überzeugung zustimmen.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** den Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 198/14 zur Abstimmung.

TOP 6

**Sportclub Ludwigsburg e. V. - Zuschuss
Sanierung Umkleide- und Sanitärräume der
Fußball- und Tennisabteilung**

Vorl.Nr. 193/14

Beschluss:

Der Sportclub Ludwigsburg e. V. erhält für die Sanierung seiner Umkleide- und Sanitärräume der Fußball- und Tennisabteilung einen Zuschuss in Höhe von 50 % der anrechenbaren Kosten, höchstens jedoch 25.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat von Stackelberg

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Kirnbauer** hebt die günstige Ausführung der Sanierungsarbeiten hervor.

Nachfolgend stellt EBM **Seigfried** den Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 193/14 zur Abstimmung.